

# DER BRAUNKOHLENAUSSCHUSS



## Staatskanzleien Brandenburg, Berlin und Sachsen

Kathrin Schneider, Ministerin und Chefin der Staatskanzlei Brandenburg

Florian Graf, Chef der Senatskanzlei, Staatssekretär für Medien und Metropolregion

Oliver Schenk, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei Sachsen

Cottbus, 13. Oktober 2023

Sehr geehrte Frau Ministerin Schneider,  
sehr geehrter Herr Staatssekretär Graf,  
sehr geehrter Herr Staatsminister Schenk,

mit der Studie „Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausstiegs in der Lausitz“ hat das Bundesumweltamt Analysen zur wasserwirtschaftlichen Entwicklung auf die Fließgewässer in der Lausitz vorgelegt. Wesentliche Aussage dieses Gutachtens ist, dass es voraussichtlich zu einem maßgeblichen Wasserdefizit kommen wird. Ausgehend von der Wassermenge und -beschaffenheit wurden Aussagen zur Leistungsfähigkeit von Talsperren, Speichern und des Grundwassers herausgearbeitet. Die Studie hat die Öffentlichkeit sowie Entscheidungsträger für anstehende Grundsatzentscheidungen sensibilisiert.

Neben der Wiederherstellung eines funktionierenden Wasserhaushalts sind der Erhalt des Naturraums und unserer Ökosysteme, wie dem Biosphärenreservat Spreewald sowie die Sicherstellung einer quantitativ und qualitativ guten Trinkwasserversorgung, wichtige Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Ferner benötigen die Landwirtschaft und die Industrie Wasser für ihre Produktion und Prozesse. So gilt es, sowohl die Metropolregion Berlin als auch den Spreewald und neu anzusiedelnde Industrien zukunftsicher mit ausreichend Wasser zu versorgen. Durch die Energiewende rückt zudem der Wasserbedarf für die Produktion von grünem Wasserstoff in den Fokus.

Die Ausführungen der Studie, denen zufolge das entstehende Wasserdefizit in der Lausitz nicht ohne zusätzliche Wasserzufuhr ausgeglichen werden kann, sind daher schnellstmöglich durch weitere Untersuchungen zu untersetzen. Die Herbeiführung wasserpolitischer Grundsatzentscheidungen für die Erhaltung vorhandener Speicher, für die Planung und den Bau neuer Speicher, den Bau von Wasserüberleitern sowie die Vernetzung von Flussgebieten besitzt angesichts sehr langer Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungszeiten sehr hohe Priorität.

Die Wiederherstellung eines sich weitgehend selbstregulierenden Wasserhaushalts darf nicht durch zögernde Bearbeitungen auf die nächste(n) Generation(en) verschoben werden. Es ist aus Sicht des Braunkohlenausschusses deshalb unerlässlich, umgehend die dafür notwendigen finalen Untersuchungen ergebnisoffen zu führen und die wasserpolitischen Grundsatzentscheidungen zu treffen. Dafür braucht es eine länderübergreifende Betrachtung von Lösungsmöglichkeiten, Szenarien und Abwägungen, welche Maßnahmen am besten geeignet sind. Neben den betroffenen Bundesländern sind auch

die Nachbarstaaten Polen und ggf. Tschechien einzubeziehen. Nicht zuletzt sind die Wasserressourcen unerlässlich für den Strukturwandel und den damit verbundenen Veränderungen in der Lausitz.

Wir begrüßen ausdrücklich die intensive und effektive Zusammenarbeit zwischen den Behörden in Sachsen, Brandenburg und Berlin. Die länderübergreifende Arbeitsgruppe Flussgebietsbewirtschaftung hat u. a. ein Maßnahmenpaket für weitere ergänzende Untersuchungen erarbeitet, welches es zeitnah umzusetzen gilt.

Der Braunkohlenausschuss sieht es aber darüber hinaus als zwingend notwendig, dass die Länder gemeinsam mit dem Bund die Festlegungen aus dem Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zum Wassermanagement und die Maßnahmen aus dem ergänzenden Entschließungsantrag zum Kohleausstiegsgesetz (BT-Drs. 19/20714) umsetzen und damit die Verantwortung zur Regulierung des Wasserhaushalts in der Lausitz zu übernehmen. Das vom September 2022 gemeinsam verabschiedete Positionspapier der Wasserwirtschaftsverwaltungen der Länder Brandenburg, Berlin und Sachsen muss nunmehr in die Umsetzung gebracht werden.

Im Übrigen ist es aus Sicht des Braunkohlenausschusses dringend erforderlich, für die Region zeitnah langfristige Lösungen zu erarbeiten, um den in der UBA-Studie aufgezeigten drohenden Szenarien wirksam zu begegnen. Die nächsten Schritte zur Prüfung der Machbarkeit und der Ermittlung des notwendigen Finanzierungsbedarfs müssen unverzüglich angegangen werden, damit darauf aufbauend Investitionsentscheidungen getroffen werden. Über den erforderlichen Finanzbedarf und die Lastenverteilung für die nicht von den Tagebaubetreibern zu leistenden wasserwirtschaftlichen Maßnahmen muss eine zügige Einigung mit dem Bund, den Ländern Brandenburg, Berlin und Sachsen erzielt werden.

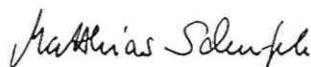
Die Mitglieder des Braunkohlenausschusses des Landes Brandenburg erwarten eine intensive Unterstützung bei der Lösung der aufgezeigten Problemstellungen durch die jeweiligen Landesregierungen. Nur mit einem funktionierenden Wasserhaushalt können die Herausforderungen des Strukturwandels in der Lausitz gelingen.

Eine Kopie des Schreibens erhält die Bundesumweltministerin Steffi Lemke.

Mit freundlichen Grüßen



Kerstin Kircheis  
Vorsitzende



Matthias Scheufele  
Stellvertreter



Frank Schneider  
Stellvertreter